



Clinton, Obama, McCain: Wer hat die beste Gesundheitsreform?

Ursula Carpenter

Die sozialen Sicherungssysteme in nahezu allen westlichen Industriestaaten sind ohne einschneidende Reformen nicht zukunftsbeständig. Deshalb suchen die Staaten aus den entsprechenden Erfahrungen vergleichbarer Länder zu lernen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung Washington hat daher eine Reihe von Beiträgen erarbeitet, in denen die verschiedenen Komponenten der sozialen Sicherungssysteme in den Vereinigten Staaten beschrieben und die anstehenden Reformen erläutert werden.

Hiermit soll ein Beitrag zur Reformdebatte in Deutschland geleistet werden.

Dr. Norbert Wagner

*KAS-USA
2005 Mass. Ave, NW
Washington, DC 20036*

Wenn das renommierteste Manager-Magazin der USA die Gesundheitsrevolution ausruft, können sich auch Skeptiker nicht mehr der Schlußfolgerung entziehen, daß Amerikas Gesundheitssystem nur noch durch grundlegende Umwälzungen, egal welcher politischer Couleur, aus dem Zustand der Dauerkrise herausgeführt werden kann. "Amerikanische Mitbürger, wählt eure Revolution! Denn so oder so kriegen wir ein neues Gesundheitssystem." [1] Mit diesen Worten rief kürzlich der Chefredakteur des *Fortune Magazine* seine Leserschaft zur genauen Prüfung der von den drei verbleibenden Präsidentschaftsanwärtern propagierten Reformpläne auf. Zwar sei "das Zeug kompliziert" und die revolutionärsten Provisionen lägen tief im Jargon von Positionspapieren vergraben. Aber: die Analysearbeit werde sich lohnen, denn dieses Thema sei für die wirtschaftliche Zukunft Amerikas wesentlich und die Unterschiede zwischen John McCain auf republikanischer Seite und seinen demokratischen Rivalen Hillary Clinton und Barack Obama seien gravierend.

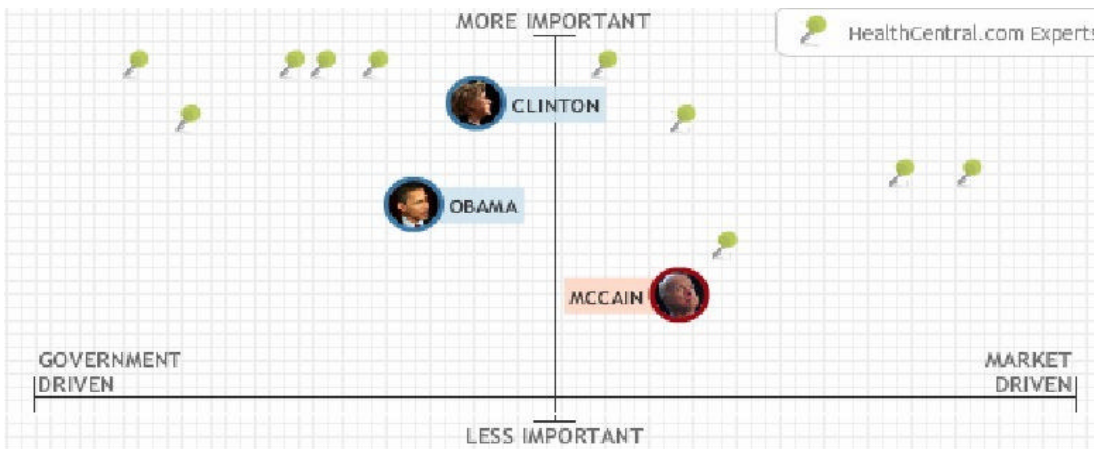
Identische Ziele aller Kandidaten: Flächendeckung und Kostenkontrolle

In der Tat ist der Krisenzustand des amerikanischen Gesundheitssystems [2] über Parteigrenzen hinweg erkannt worden. Angesichts der 47 Millionen nichtversicherten Amerikaner und eines aus der Kontrolle geratenen Kostenanstiegs der Gesundheitsausgaben, die sich laut Prognosen in weniger als 10 Jahren verdoppeln und dann mit \$4,3 Billionen ein Fünftel des amerikanischen Bruttosozialproduktes ausmachen werden, haben im aktuellen Präsidentschaftswahlkampf alle Kandidaten der Gesundheitsreform einen zentralen Platz in ihren Kampagnen eingeräumt. Dabei sind die Ziele des Republikaners John McCain sowie der Demokraten Hillary Clinton und Barack Obama weitgehend identisch: die Gesundheitsversorgung soll erschwinglicher und die Kosteneskalation gestoppt werden. Außerdem erstreben alle drei Kandidaten eine verstärkte Unternehmensorientierung ("business fundamentals" [3]) der Versorgung an: eine umfassende Qualitätsverbesserung, mehr Transparenz und eine größere Ergebnisorientierung bei der Bezahlung von Dienstleistungen. Auch die kritische Rolle im Umgang mit chronischen Erkrankungen sowie die unaufhaltbare Integration von Technologie in das Gesundheitswesen sind parteiübergreifend unumstrittene Bestandteile aller avisierten Reformkonzepte.

Unterschiedliche Reformansätze: Mehr Markt oder mehr Staat?

Dennoch unterscheiden sich die Reformmodelle der Kandidaten in wesentlichen Punkten. In einer systematischen Auswertung dokumentiert der preisgekrönte online-Gesundheitsinformationsdienst "HealthCentral"[4] die fundamentalen Unterschiede durch einen Vergleich von fünf Kernelementen der Gesundheitsreformmodelle von McCain, Clinton und Obama.[5]

Dieser "PoliGraph" veranschaulicht die Differenzen der avisierten Reformen entlang eines politischen Spektrums zwischen "links/progressiv", d.h. mehr Staat ("government driven") und "rechts/konservativ", d.h. mehr Markt ("market driven"), sowie nach dem Wichtigkeitsgrad dieser Kernpunkte für die Kandidaten. Es überrascht nicht, daß die beiden demokratischen Kandidaten in ihren Lösungswegen insgesamt eine größere Rolle für die öffentliche Hand vorsehen als der Republikaner McCain, der dem Markt eine wichtigere Reformrolle einräumt (siehe Grafik "Healthcare Reform": <http://www.healthcentral.com/healthcare08/>).

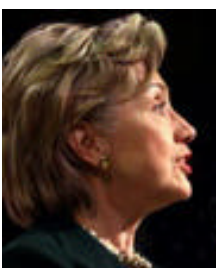


Die Lösungswege von Clinton und Obama avisieren "mehr Staat", McCain bevorzugt "mehr Markt".

Hillary Clinton mißt zudem der Gesundheitsreform eine zentralere Bedeutung zu als Barack Obama und John McCain.[6] Für sie ist die Lösung der Gesundheitskrise "eine Schlüsselfrage bei der Sicherung von Amerikas Wettbewerbsfähigkeit im globalen Markt". Clintons Lösungsweg führt über eine Pflichtversicherung für alle ("insurance mandate"). Auch für Barack Obama spielt das Thema Gesundheitsreform eine größere Rolle als für Senator McCain. Sein Weg aus der Krise führt über einen verbesserten Zugang zur Krankenversicherung für alle Amerikaner: "Ich glaube, daß jeder Amerikaner das Recht auf eine erschwingliche Gesundheitsversorgung hat." Zentrales Anliegen der Gesundheitsreform von John McCain ist eine verstärkte Marktorientierung des Systems durch die Deregulierung der Versicherungsanbieter sowie durch weitere Steuervergünstigungen für Konsumenten: "Ich werde nicht vorschreiben, daß jeder Amerikaner krankenversichert ist. Ich werde nicht vorschreiben, daß jeder Amerikaner ein Haus besitzt. Ich werde nicht vorschreiben, daß jeder Amerikaner die Universität besucht. Aber ich werde all dies erschwinglich und zugänglich machen."

Die Kandidaten und die Nichtversicherten

Der gravierendste Unterschied zwischen den Kandidaten ist deren Reformansatz zur Lösung des Problems der 47 Millionen Amerikaner ohne Krankenversicherungsschutz



(siehe Grafik "Uninsured" <http://www.healthcentral.com/healthcare08/>). In diesem Punkt steht **Hillary Clinton** deutlich auf der "linken" Seite der Skala mit ihrem Ruf nach einer Pflichtversicherung für alle, sei es in einer öffentlichen oder privaten Krankenversicherung. Clintons Plan sieht außerdem vor, daß Amerikaner die von ihnen bevorzugte Versicherung auch bei einem Arbeitsplatzwechsel beibehalten können. Darüber hinaus könnten sie entweder eine der vielen Privatversicherungen, die dem Kongreß zur Verfügung stehen, wählen oder in die staatliche Versicherung (z.B. Medicare) eintreten. Jeder US-Bürger wäre jedoch gezwungen, durch irgendeinen Krankenversicherungsschutz abgedeckt zu sein. Außerdem hätten Krankenversicherungsanbieter nicht mehr das Recht, Versicherungssuchende aufgrund von bestehenden Krankheiten ("pre-existing conditions") den Eintritt in ihre Versicherung zu verweigern. Familienprämien würden in Clintons Reformkonzept durch Steuervergünstigungen subventioniert.

*Clinton:
"Pflichtversicherung
für alle!"*



Barack Obama hingegen lehnt eine allgemeine Pflichtversicherung ab. Sein Plan sieht vor, zunächst alle Kinder zu versichern, und zwar durch ein erweitertes Angebot von staatlichen Krankenversicherungsplänen (SCHIP). Darüber hinaus würde Obamas Gesundheitsreform eine staatliche Krankenversicherung für diejenigen Amerikaner ins Leben rufen, die bisher auf Grund der Einkommensbemessungsgrenze keinen Zugang zu "Medicaid"[7] hatten, jedoch auch nicht durch ihren Arbeitgeber versichert waren. Schließlich wären alle Arbeitgeber verpflichtet, Beiträge zu den Krankenversicherungsprämien ihrer Angestellten oder in das neue staatliche Versicherungsprogramm zu entrichten.

*Obama:
"Pflichtversicherung
für alle Kinder!"*



Im starken Kontrast zu den staatlich gelenkten Reformplänen der beiden demokratischen Präsidentschaftskandidaten sieht der Plan von **John McCain** die Lösung für ein flächendeckenderes Versicherungskonzept durch eine größere Rolle der marktwirtschaftlichen Kräfte vor. Da für den republikanischen Präsidentschaftskandidaten die Wahlfreiheit beim Versicherungsschutz wichtiger ist als die umfassende Versicherung aller Amerikaner, enthält sein Reformkonzept keinen Plan zur allgemeinen Versicherungspflicht. Stattdessen empfiehlt er Steuersubventionen, um den Amerikanern den Erwerb einer Krankenversicherung zu erleichtern. Außerdem beabsichtigt McCain, den Versicherungserwerb durch die verstärkte Bildung von Risikogruppen (auch über bundesstaatliche Grenzen hinweg) anzukurbeln.

*McCain:
"Steuersubventionen,
Wettbewerb und
Wahlfreiheit"*

Arzneimittelpreise: Deregulierung oder gesetzliche Anreize?

Bei der Suche nach einer Lösung zur Kostendämpfung von Arzneimitteln wird eine überraschende Annäherung der Reformansätze aller Kandidaten deutlich (siehe Grafik "Drug Prices" <http://www.healthcentral.com/healthcare08/>). Sowohl Clinton und Obama als auch McCain sehen eine wichtige Rolle des Gesetzgebers bei Preisverhandlungen mit der pharmazeutischen Industrie vor. **Clintons Plan** avisiert eine Rolle des Staates bei Preisverhandlungen mit der Pharmaindustrie für Medikamente im Rahmen der staatlichen Krankenversicherung für Senioren (Medicare) und würde den Arzneimittelimport aus anderen Industrieländern zulassen. Außerdem würde Clinton die leichtere Verfügbarkeit generischer Arzneistoffe auf dem Pharmamarkt durch verstärkte gesetzliche Vorschriften, Regulierungen und Anreize beschleunigen. Schließlich empfiehlt ihre Reform eine Beaufsichtigung von Pharmaunternehmen hinsichtlich ihrer finanziellen Verflechtungen mit Ärzten.

Auch **Barack Obama** sieht den Lösungsweg zur Preissenkung von Arzneimitteln in neuen Regulierungen und Gesetzen im Bereich von Arzneimittelimporten, staatlichen Preisverhandlungen und der Verfügbarkeit von Generika. Allerdings liegt Obamas Schwerpunkt dabei vorwiegend bei der Arzneimittelversorgung von Senioren. Auch sein Plan würde dem Gesetzgeber Preisverhandlungen mit Pharmaunternehmen im Rahmen des "Medicare"-Programmes erlauben und würde es zulassen, billigere Arzneimittel aus Industrieländern zu importieren. Außerdem beabsichtigt Obama, bestehende Lücken beim staatlichen Programm für die Arzneimittelversorgung der Senioren zu schließen ("close the doughnut hole").

Selbst die Gesundheitsreform des Marktbefürworters **John McCain** propagiert eine Beteiligung der Bundesregierung bei Preisverhandlungen mit Arzneimittelunternehmen im Rahmen des Medicare-Programmes. Auch er würde das Importieren von Medikamenten aus Kanada und anderen Industrieländern, wo Arzneimittel oft zur Hälfte des US-amerikanischen Preises erhältlich sind, zulassen. Schließlich befürwortet auch McCain, wie Clinton und Obama, eine erweiterte Verfügbarkeit von generischen Arzneistoffen.

Prävention: Staatlich forcieren?

Bei der Frage nach der Rolle des Staates zur Erweiterung von Präventionsprogrammen entsprechen die Präsidentschaftskandidaten wiederum ihren jeweiligen parteipolitisch vorgegebenen Schablonen (siehe Grafik "Prevention: <http://www.healthcentral.com/healthcare08/>). Dabei sieht die Gesundheitsreform von **Hillary Clinton** die weitestgehende Rolle des Gesetzgebers vor. Clintons Plan würde es vorschreiben, daß alle Versicherungsanbieter Leistungen im Präventionsbereich und beim "Management" von Krankheiten anbieten müßten. Sowohl gesetzliche Krankenversicherungen als auch private Anbieter, die sich an gesetzlichen Programmen beteiligen, wären gezwungen, "high-priority" Präventionsleistungen gemäß von Richtlinien einer neuen Sonderkom-

Alle Präsidentschaftskandidaten befürworten eine stärkere Rolle des Staates bei der Kostendämpfung von Arzneimitteln.

Clinton fordert obligatorische Leistungen in der Vorsorgemedizin.

mission ("U.S. Preventive Services Task Force"), abzudecken. Außerdem sieht Clintons Plan finanzielle Anreize für Präventivleistungen sowie für Patienten als auch Ärzte vor (z.B. durch Erlassen des Eigenbeitrages bei Vorbeugemaßnahmen.)

Barack Obama hingegen zieht in seinem Reformmodell gemeinsame Anstrengungen von Seiten des Staates und der Privatwirtschaft vor. Sein Plan propagiert insbesondere im Umgang mit chronischen Krankheiten ein Zusammenwirken von Markt und Staat ("public and private partnerships"), Kapitalbeihilfen an Organisationen, die einen gesunden Lebensstil befürworten, verbesserte Angebote von Schulspeisen und eine weitere Verbreitung von "Wellness"-Programmen am Arbeitsplatz. Darüber hinaus würde Obama alle Ärzte, die an seinem neuen gesetzlichen Versicherungsprogramm beteiligt sind, auffordern, Programme zum Management von chronischen Erkrankungen zu entwickeln.

John McCain hingegen siedelt die Verantwortung bei der Kontrolle von chronischen Erkrankungen nicht beim Staat, sondern beim einzelnen Patienten an. Statt gesetzlicher Vorschriften empfiehlt er, Kinder zu einer gesunden Ernährung und Fitness zu erziehen und jeden einzelnen Amerikaner dazu zu ermutigen, chronische Krankheiten zu verhindern und das Rauchen zu vermeiden. Allerdings hat sich McCain bisher nicht dazu geäußert, wer die Kosten für diese Maßnahmen tragen soll oder ob sie auf staatlichen oder privaten Initiativen gründen sollen.

Obama will "public private partnerships" im Präventivbereich

McCain: "Erziehung zur individuellen Verantwortung"

Mehr Effizienz durch Technologie

Alle drei Präsidentschaftskandidaten bemessen in ihren Reformplänen dem Einsatz von neuen Technologien in der amerikanischen Gesundheitsversorgung künftig eine große Rolle zu (siehe Grafik "Technology" <http://www.healthcentral.com/healthcare08/>). Allerdings sind die beiden demokratischen Kandidaten mit der Ausarbeitung ihrer Technologiepläne für den Gesundheitsbereich ihrem republikanischen Rivalen weit voraus. Seit langem befürwortet **Hillary Clinton** ein landesweites "papierloses" Technologiesystem für Gesundheitsinformationen. Zur Erleichterung der Einführung dieses Systems verspricht sie Investitionen aus dem Bundeshaushalt in Milliardenhöhe sowohl für öffentliche als auch private Leistungsanbieter. **Barack Obama** sieht eine gestaffelte, aber obligatorische Einführung der elektronischen Datenverarbeitung im US-Gesundheitssystem vor und ist bereit, über fünf Jahre hinweg \$10 Milliarden für ein standardisiertes elektronisches Informationssystem zu investieren. Nach dieser Einführungsphase werden alle Anbieter zur elektronischen Datenverarbeitung verpflichtet. Auch Obama sieht für diese Umstellung Unterstützung in Form von Bundesgeldern vor und setzt sich wie auch die anderen Präsidentschaftskandidaten für den Schutz dieser privaten Daten ein. Zwar beabsichtigt **John McCain** im künftigen Gesundheitssystem Amerikas ebenfalls die Unterstützung einer erweiterten Rolle der Informationstechnologie im Gesundheitsbereich, allerdings sind zur Zeit noch keine Einzelheiten dafür in McCains Reformplan aufgeführt.

Technologie-Revolution im amerikanischen Gesundheitsbereich unaufhaltbar

Stammzellenforschung mit oder ohne den Staat?

Erstaunlicherweise stimmen alle Präsidentschaftskandidaten bei der in den USA höchst umstrittenen Frage über die Rolle des Staates bei der Stammzellenforschung in Grundzügen überein: alle befürworteten sie! (vgl. interaktive Grafik "Stell Cells" <http://www.healthcentral.com/healthcare08/>). **Hillary Clinton** attackiert seit langem die Haltung der Bush-Regierung, die die embryonische Stammzellenforschung auf bestehende Zell-Linien beschränkt. Clinton hat angekündigt, daß die Aufhebung dieser Beschränkungen eine ihrer ersten Amtshandlungen als Präsidentin sein werde. Sie ist der Auffassung, daß die US-Bundesregierung Stammzellenforschung fördern muß und hat in der Vergangenheit für Gesetzesvorlagen votiert, die Bundesmittel für Forschungszwecke bereitgestellt und therapeutisches Klonen erlaubt hätte. Auch ihr demokratischer Rivale **Obama** befürwortet die Freistellung von Bundesgeldern für embryonale Stammzellenforschung und unterstützt therapeutisches Klonen. Die Haltung von **John McCain** in der Frage der Stammzellenforschung ist nicht linientreu mit den wertekonservativen Grundsätzen der Republikaner. Hier profiliert sich McCain als freidenkender "Maverick" seiner Partei, indem er den Einsatz von Bundesmitteln für Stammzellenforschung befürwortet, wenn auch mit einigen Ausnahmen. McCain unterstützt die Stammzellenforschung an menschlichen Embryos aus dem Restbestand von Fruchtbarkeitsbehandlungen, ist jedoch gegen embryonales Klonen für Zwecke der Stammzellenforschung.

Egal wer die Bush-Nachfolge antreten wird: Beschränkungen in der Stammzellenforschung werden in Zukunft gelockert.

Wer hat das beste Reformrezept?

Selbstverständlich scheiden sich die Geister darüber, welcher Präsidentschaftskandidat das beste Reformmodell zu bieten hat. Der amerikanische Ärzteverband *National Physicians Alliance* (NPA) kommt zu der Beurteilung, daß beide demokratische Kandidaten die Gesamtnote "Gut" verdienen, verglichen mit einer lediglich "befriedigenden" Note für John McCain.

Zeugnis des US-Ärzteverbandes[8]	Universale Krankenversicherung	ununterbrochene Deckung	Erschwierlichkeit für Familien	für die Gesellschaft nachhaltig	hohe Qualität patientenorientiert	Gesamtnote
Clinton	gut	gut	bestanden	befriedigend	gut	gut
Obama	befriedigend	gut	bestanden	befriedigend	sehr gut	gut
McCain	befriedigend	gut	knapp durchgefallen	befriedigend	befriedigend	befriedigend

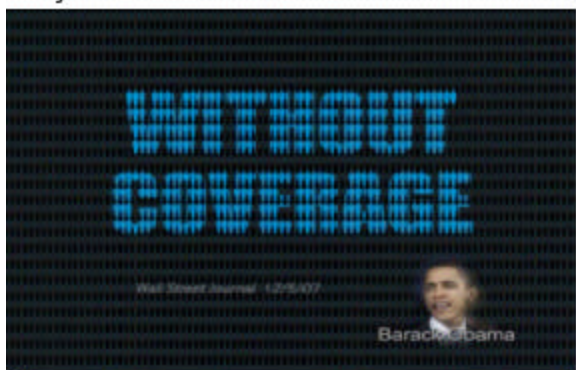
Eine aktuelle Umfrage der PR-Firma *Jackson & Coker* unter Ärzten und Gesundheitspersonal ("professionals")[9] ergab hingegen einen leichten Vorsprung für John McCain (30%; Clinton 28%, Obama 24%). Für Wähler aus dem Bereich der Gewerkschaften ist der Clinton-Reformplan mit einer staatlich vorgeschriebenen Pflichtversicherung attraktiv. Anlässlich eines Gewerkschaftskongresses der AFL-CIO kommentierte die für Gesundheitsprogramme zuständige Gewerkschaftsexpertin vor kurzem: "Obama

und Clinton unterscheiden sich in Details, aber die große Kluft besteht zwischen ihnen und McCain. Während die beiden Demokraten jeweils Variationen der universalen Krankenversicherung anbieten, hat McCain lediglich eine Fortsetzung der gescheiterten Gesundheitspolitik von Bush zu bieten." [10] Die Mobilisierung der amerikanischen Gewerkschaften für die demokratischen Reformmodelle überrascht nicht, jedoch kam es in der amerikanischen Ärzteschaft in den letzten Jahren zu einer beachtlichen Trendwende. Eine jüngste Umfrage unter US-Medizinern ergab, daß eine wachsende Mehrheit amerikanischer Ärzte heute eine "nationale Krankenversicherung" befürwortet (2008: 59% dafür, 32% dagegen; 2002: 49% dafür, 40% dagegen). [11] Das Unternehmermagazin *Business Week* nannte diesen Trend einen grundlegenden Wechsel ("sea change") im Establishment der Mediziner, die im letzten Jahrhundert zu den ausgesprochensten und einflußreichsten Gegnern einer nationalen Krankenversicherung zählten. Allerdings fehlt es allen drei verbleibenden Präsidentschaftskandidaten an politischem Mut zu diesem "single payer system". Hillary Clinton hat aus ihrem ersten Vorstoß zu einer nationalen Krankenversicherung und ihrem Scheitern 1993 die Lektion gelernt, daß lediglich eine abgeschwächte Form eines derartigen Systems politisch machbar ist und für Barack Obama liegt die Lösung in einem noch größeren politischen Kompromiß in Form von öffentlichen und privaten Plänen. Das "public-private"-Modell genießt auch die Unterstützung der Versicherungsunternehmen. Dazu *Fortune Magazine*: "In wirtschaftlicher Hinsicht gewinnt McCain. Trotz verbleibender Probleme, sitzt dabei zumindest der Verbraucher am Steuer". [12]

Zu einer "nationalen Krankenversicherung" fehlt es allen Kandidaten an politischem Mut.

Politischer Ausblick

Wie umstritten die Frage der Pflichtversicherung in den USA bleibt, zeigt sich in den immer härteren Grabenkämpfen zwischen den verbleibenden drei Präsidentschaftskandidaten, in denen das Thema "Pflichtversicherung" zur gesundheitspolitischen



Gretchenfrage hochstilisiert wird. Eine bittere Pille mußte in diesen Tagen Hillary Clinton schlucken, als der ehemalige Präsidentschaftskandidat der Demokraten (und Superdelegierte sowie Unterstützer Obamas!) Senator John Kerry, sich jüngst gegen Clintons Pflichtversicherungsplan wandte: "Eines kann ich Ihnen sagen: Hillary Clintons Plan ist ein Non-Starter im Senat, weil

er mit einem Mandat beginnt, das im Senat nicht erreichbar ist..." [13] In diesem innerparteilichen Zwist um die Pflichtversicherung feuerte das Clinton-Lager zurück: "Wir glauben nicht, daß ein Gesundheitsgesetz, das alle Amerikaner abdeckt, ein 'Nonstarter' ist; vielmehr sind wir der Meinung, daß es von bedeutender Wichtigkeit ist, um sicherzustellen, daß alle Amerikaner die Gesundheitsversorgung erhalten, die

Clintons Pflichtversicherung im Senat aussichtslos

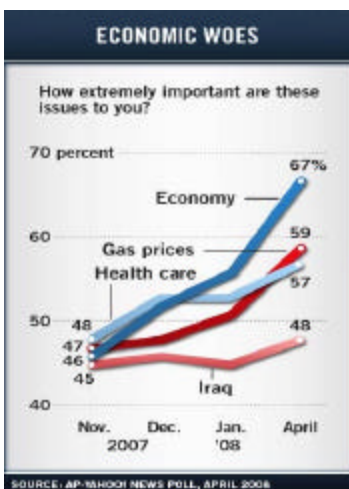
sie brauchen." [14] Auffallend ist, wie sehr sich der der Ton der innerdemokratischen Auseinandersetzung im Vorfeld der wichtigen Vorwahlen im Bundesstaat Pennsylvania verschärfte. Beispielsweise fuhr eine von der Clinton-Kampagne offiziell unabhängige sog. "527-Gruppe" (*American Leadership Project* [15]) ein schweres Geschütz der klassischen Negativwerbung gegen Obamas Gesundheitspolitik auf mit der Attacke: "15 Millionen Amerikaner ohne Versicherungsschutz: Barack Obama". [16]



Viele in der Demokratischen Partei hoffen, daß dieser innerparteiliche Negativwahlkampf bald ein Ende haben wird, denn keiner lacht sich mehr ins Fäustchen als der Republikanische Rivale McCain, dem die Munition für die allgemeinen Wahlen ("general elections"), deren heiße Phase nach der offiziellen Kürung der beiden Präsidentschaftskandidaten Anfang September beginnt, frei Haus geliefert wird. Allerdings hat auch Senator McCain

McCain profitiert von den innerparteilichen Attacken der Demokraten

bereits jetzt mit Attacken aus dem demokratischen Lager zu kämpfen. So wurde er kürzlich von Elizabeth Edwards, der krebserkrankten Frau des demokratischen Ex-Präsidentschaftskandidaten John Edwards, wegen seiner mangelhaften Lösung des Problems der Nichtversicherten angegriffen. Edwards schrieb in einem populären Blog: "Ich weiß genau, wie katastrophal es für Menschen sein wird, die mit Krankheiten kämpfen, mit denen der Senator und ich konfrontiert sind (Hautkrebs für ihn, Brustkrebs für mich), aber nicht die finanziellen Mittel haben, über die wir verfügen. Um es klipp und klar zu sagen: sie sitzen draußen vor den Kliniktüren." [17] Edwards' Angriff erfreute sich einer landesweiten Medienresonanz, nicht zuletzt auf der Meinungsseite der *New York Times*, auf der Paul Krugman die Gesundheitspolitik McCains als "Voodoo Health Economics" zerriß: "Der gesundheitspolitische Ansatz von McCain basiert auf einer Zauberwirtschaft – nicht dem "supply-side Voodoo", der behauptet, daß Steuerkürzungen Einkünfte erhöht ..., sondern auf der ebenso irrsinnigen Behauptung, ... daß der Zauber des Marktes billige Gesundheitsversorgung für alle produzieren kann." [18]



Die Selbstzerfleischung [19] der Demokraten reißt jedoch nicht ab und Barack Obama feuert auf die Clinton-Attacken mit Argumenten aus dem konservativen Lager über Wahlfreiheit und die Übel staatlicher Eingriffe in die individuelle Freiheit zurück. Es ist daher kaum verwunderlich, daß viele Demokraten und die Wähler schlechthin sich ein Ende der wahlkampf-taktischen Kleinkariertheiten herbeisehnen und eine sachliche Diskussion der wichtigen Themen, wie der Gesundheitspolitik, wünschen. Aktuelle Umfragen [20] reflektieren diese Wählerstimmung: Für eine solide Mehrheit der Amerikaner (57%) ist das Thema Gesundheitsversorgung "extrem

Gesundheitsreform für Amerikaner wichtiger als der Irakkrieg

wichtig" (knapp hinter den Benzinpreisen (59%). Dies bedeutet einen Anstieg von 10 Prozentpunkten seit Ende letzten Jahres. Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage in den USA ist es leicht nachvollziehbar, daß zur Zeit für mehr als zwei Drittel der Amerikaner das Thema Wirtschaft eine extrem wichtige Rolle spielt (67%). Bedenkt man jedoch, daß der Irakkrieg (48%) für die US-Wähler weit weniger wichtig ist als ihre Gesundheitsversorgung, ist zu erwarten, daß die Gesundheitsreform in den Präsidentschaftswahlen Amerikas weiterhin ein Top-Wahlkampfthema bleibt.

Wer sind die gesundheitspolitischen Berater der Kandidaten?

Zwei konventionelle Weisheiten kursieren um die Zusammensetzung der Beraterstäbe der beiden demokratischen Präsidentschaftsanwärter: Hillary Clintons Team, so die Beobachter, bestehe aus einer "Star-Mannschaft" von Wirtschaftsberatern der Regierung von Bill Clinton und Barack Obama verlasse sich vorwiegend auf Akademiker außerhalb der Washingtoner Insiders ("beyond the beltway"). Der wichtigste gesundheitspolitische **Berater von Hillary Clinton** stammt in der Tat aus der ehemaligen Clinton-Administration. Der als "Clintons Gesundheitsreform-Guru" bekannte Chris Jennings diente bereits als "Senior Health Care Advisor" im Weißen Haus unter Bill Clinton. Er ist Präsident der Lobbyfirma "Jennings Policy Strategies", in der ebenfalls eine weitere Schlüsselberaterin von Hillary Clinton, Katherine Hayes, angesiedelt ist. Hayes ist als ehemalige Beraterin des demokratischen Senators Evan Bayh, einem Clinton-Superdelegate aus Indiana, eng mit dem "democratic establishment" verwoben. Weitere wichtige Berater von Hillary Clinton im Bereich der Wirtschaftspolitik mit Einfluß auf gesundheitspolitische Reformfragen sind Gene Sperling, ehemals wirtschaftspolitischer Spitzenberater von Präsident Bill Clinton, der gegenwärtig bei der demokratischen Denkschmiede *Center for American Progress* sowie beim renommierten Think Tank *Council on Foreign Relations* tätig ist.

Die gesundheitspolitischen **Berater von Barack Obama** stammen vorwiegend aus dem Universitätsbereich. David Cutler lehrt zur Zeit als "Otto Eckstein Professor of Applied Economics" an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der *Harvard University*. Im Präsidentschaftswahlkampf 2004 beriet er den demokratischen Kandidat John Kerry in gesundheitspolitischen Fragen und davor auch Präsident Bill Clinton. Experten gehen davon aus, dass Obamas Entscheidung, bei seiner Gesundheitsreform von einer allgemeinen Versicherungspflicht abzusehen, auf den Einfluss von Professor Cutler zurückzuführen ist. Außerdem läßt sich Barack von Austan Goolsbee beraten, wenn es um gesundheitspolitische Reformkonzepte geht. Goolsbee ist ein junger "Star-Professor" (37) an der University of Chicago und ebenfalls als Kolumnist der *New York Times* bekannt. Darüber hinaus verfügt Senator Obama auch über die Expertise einer Medizinerin: Kavita Patel ist ausgebildete Ärztin und gehört zum gesundheitspolitischen Beraterstab von Senator Edward Kennedy, der sich mit seinem "endorsement" bereits früh und öffentlichkeitswirksam hinter Obama gestellt hatte. Schließlich berät auch das demokratische Mitglied des Repräsentantenhauses, James Cooper, Senator Barack Obama. Der aus dem Südstaat Tennessee stammende Politiker gehört zum

*Hillary Clintons
Beratersteam: "Star-
Mannschaft" aus
Bill Clintons
Präsidentschaft*

*Beraterstab von
Obama stammt
vorwiegend aus dem
Universitätsbereich*

renommierten Kreis der Rhodes Scholars in Oxford, ist ausgebildeter Jurist, und hält nebenbei als Professor der "Owen Graduate School of Management" Kurse zur Gesundheitspolitik an der *Vanderbilt University* in Nashville (Tennessee).

Zu den wichtigsten gesundheitspolitischen **Beratern von John McCain** gehört der Chef seines wirtschaftspolitischen Teams, Douglas Holtz-Eakin. Holtz-Eakin hatte sich als Leiter der für Budgetfragen zuständigen Abteilung im U.S.-Kongreß ("Congressional Budget Office") einen Namen als ein über parteipolitische Grenzen hinweg anerkannter Haushaltsexperte gemacht. Der konservative Gesundheitsökonom Thomas Miller gehört ebenfalls zum engen Beraterkreis John McCains in Sachen Gesundheitspolitik. Miller hat, wie Holtz-Eakin, Kongreßerfahrung als ehemaliger gesundheitspolitischer Experte im "Joint Economic Committee" und ist derzeit als *Resident Fellow* bei dem den Republikanern nahestehenden Think Tank *American Enterprise Institute* angesiedelt. Die Ökonomin Dr. Gail Wilensky bringt ihre Expertise im künftig enorm wichtigen Bereich der staatlichen Gesundheitsprogramme Amerikas "Medicare" und "Medicaid" mit in McCains Beraterstab. Sie war in den frühen 90er Jahren für die finanzielle Verwaltung dieser Programme zuständig und beriet damals als "Deputy Assistant to the President" Präsident George Bush sen. in Fragen der Gesundheitspolitik und des Wohlfahrtsstaats. Wilensky ist derzeit als gesundheitspolitische Expertin bei der internationalen Organisation "Project Hope" tätig, die sich für die globale Verbesserung der Gesundheitsversorgung einsetzt.

Redaktionsschluss war der 24. April 2008.

*McCains Team reich an
Finanzexperten mit
Kongreßerfahrung*

Fußnoten

[1] Shawn Tully, "Why McCain has the best health-care plan", *Fortune*, 11. März 2008
http://money.cnn.com/2008/03/10/news/economy/tully_healthcare.fortune/index.htm

[2] Eine Analyse des US-Gesundheitssystems und der Reformdebatte im US-Präsidentschaftswahlkampf findet sich in einem Länderbericht der KAS Washington: Ursula Carpenter, Norbert Wagner, "US-Präsidentschaftswahlkampf: Gesundheitsreform Top-Wahlkampfthema, 20. November 2007 http://www.kas.de/proj/home/pub/1/1/year-2007/dokument_id-12367/index.html

[3] Vgl. John Hammergren, <http://800ceoread.com/blog/archives/007895.html>

[4] <http://www.thehealthcentralnetwork.com/index.html?flash=off>

[5] Ein umfassender Vergleich der Gesundheitsreformkonzepte aller Präsidentschaftskandidaten findet sich auf der Homepage der *Brookings Institution*
http://www.brookings.edu/papers/2008/~//media/Files/rc/papers/2008/0222_healthcare_mcclellan_opp08/0222_healthcare_mcclellan_opp08.pdf

[6] Vgl. Interaktive Grafik: <http://www.healthcentral.com/healthcare08/>

[7] dem staatlichen Krankenversicherungsprogramm für Amerikaner mit geringem

Einkommen

- [8] Vgl. http://npalliance.org/content/pages/2008_presidential_candidate_health_plan_report_card
- [9] Vgl. <http://www.prweb.com/releases/2008/04/prweb823814.htm>
- [10] Vgl. John Wojcik, "Labor Seeks Unity in Health Care Drive", People's Weekly World Newspaper, 4. April 2008
- [11] Michael Schroeder, "Docs warming to national health care", The Journal Gazette, 4. April 2008
- [12] Vgl., "Why McCain has the best health-care plan", http://money.cnn.com/2008/03/10/news/economy/tully_healthcare.fortune/index.htm
- [13] Russell Berman, "Kerry: Clinton Health Care Proposal Is a 'Nonstarter'", The New York Sun, 31. März 2008
- [14] So der Clinton-Sprecher Howard Wolfson, ebenda
- [15] Eric Kleefeld, "Hillary-Backing Group Launches Ad Ripping Obama on Health Care, TPM, 16. April 2008 http://tpmelectioncentral.talkingpointsmemo.com/2008/04/hillarybacking_group_launches.php
- [16] http://www.youtube.com/watch?v=K4dSkmUCxY0&eurl=http://tpmelectioncentral.talkingpointsmemo.com/2008/04/hillarybacking_group_launches.php
- [17] Vgl. Krissah Williams, "Elizabeth Edwards Issues a Challenge to McCain on Health Care", washingtonpost.com, 1. April 2008
- [18] Paul Krugman, "Voodoo Health Economics", The New York Times, 4. April 2008
- [19] Vgl. Cartoon <http://www.cagle.com/news/FightingObamaHillary/1.asp>
- [20] Alan Fram und Trevor Tompson, "Economy the top worry, but barely affecting votes", Associated Press, 21. April 2008, <http://news.yahoo.com/page/election-2008-political-pulse-economy>